für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3



Wie süß ist Zucker?

Sehr süß. Für die russischen Geschäftemacher. Für das kubanische Volk allerdings hat der Zucker einen bitteren Beigeschmack.

Der Weltmarktpreis für Zucker lag Anfang 1973 noch bei 5 US-Cents pro Pfund (1 Pfund ist 0,45 kg). Dann aber stieg er stark an und erreichte bis Ende 1973 knapp 30 Cents. Im November 1974 erklomm der Zuckerpreis sogar den Gipfel von 45 Cents für ein Pfund. In den ersten zwei Monaten des heurigen Jahres „pendelte" er sich — um ein Modewort zu gebrauchen — bei 35 bis 36 Cents ein, war damit aber immer noch siebenmal höher als vor zwei Jahren.

Für manche Länder, deren Zuckerproduktion weltwirtschaftlich wichtig und für das betreffende Produzentenland selbst ausschlaggebend ist, war diese Zuckerhausse zweifellos von Vorteil. Nicht aber für die berühmte „Zuckerinsel" Kuba.

Die Entkolonialisierung fällt ökonomisch weitgehend mit der Befreiung vom Status eines Monokulturlandes zusammen. Kuba, das sich aus eigener Kraft Ende 1959 vom US-Imperialismus befreit hatte, geriet 1962 in den Einflußbereich des neuentstandenen russischen Sozialimperialismus. Und anstatt die Zucker-Monokultur zu beseitigen (wie es Fidel Castro angekündigt hatte), wurde Kuba unter der Maske der „Hilfe" von Rußland gezwungen, seine Zuckerproduktion noch mehr auszuweiten. Damit wurde den Kubanern die Schaffung einer eigenständigen und verzweigten Ernährungs- und Versorgungsbasis unmöglich. Chruschtschow verlangte sogar, daß Kuba, dessen Höchstproduktion sich gewöhnlich auf 6 Millionen Tonnen Rohrzucker belief, auf eine Jahresproduktion von 10 Millionen Tonnen Kurs zu nehmen hätte.

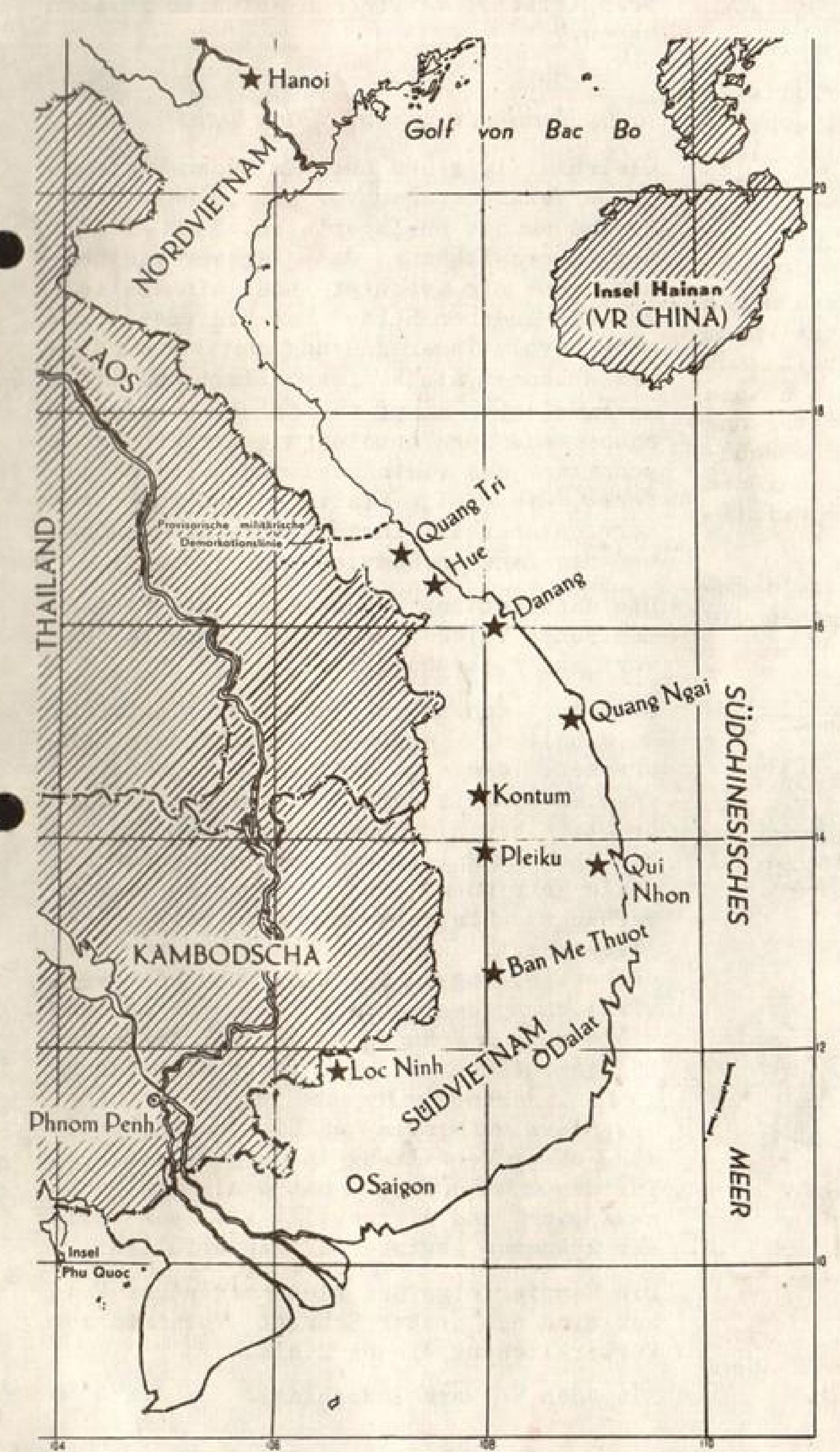
Durch diese sozialimperialistische Politik, der sich die kubanische Führung unterworfen hat, wurde in den letzten Jahren die typisch koloniale Monokultur konserviert und verstärkt, dementsprechend die Abhängigkeit Kubas von Moskau und dessen Satelliten noch mehr vergrößert. 1973 zahlte die UdSSR für das Pfund kubanischen Zuckers 6 Cents, also weit weniger als den Weltmarkt-Durchschnittspreis. 1974 erhöhte Rußland mehrmals den von ihm gewährten Preis bis auf 15 bis 20 Cents pro Pfund Ende 1974, was noch immer um ein Vielfaches niedriger war als der Weltmarktpreis! Dabei gingen zum Beispiel 1973 von der knapp 7 Millionen Tonnen betragenden Zuckerernte Kubas 3,3 Millionen Tonnen an Rußland und 0,9 Millionen Tonnen an die übrigen Comecon-Staaten; nur 2,7 Millionen Tonnen wurden nach Japan, Kanada, England und andere Länder mit frei umwechselbarer Währung geliefert. Darin zeigt sich die fatale Abhängigkeit Kubas vom russischen Sozialimperialismus, der sich auf Kosten Kubas bereichert.

Bemerkenswert — und für die neokolonialistische Unterdrückung Kubas seitens der neuen Zaren bezeichnend — ist, daß Kuba gegen Ende Februar 1975 rund 4—5 Milliarden Dollar Schulden an die UdSSR und weitere 650 Millionen Dollar an die übrigen Comecon-Mitglieder hatte!

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,— Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,—

Nummer 97, April 1975



Südvietnam
Kambodscha



Vor wenigen Jahren träumte das Saigoner Regime noch von einem „Marsch nach Norden" (nach Nordvietnam). Statt dessen aber hat es inzwischen nicht nur weite Landgebiete, sondern auch bedeutende Städte und ganze Provinzen an die Volksbefreiungsstreitkräfte verloren.

In Kambodscha wiederum hat der Putschisten„präsident" Lon Nol den Krieg bereits endgültig verloren. Gemeinsam mit seinen engsten Helfershelfern floh er in einem Flugzeug aus der Hauptstadt Phnom Penh ins Ausland.

Sieg im Volkskrieg . . .

In Kambodscha und Südvietnam geht eine entscheidende Entwicklung vor sich. Die Erfüllung des Zieles aller Völker Indochinas - Freiheit, nationale Unabhängigkeit, Frieden und Demokratie - ist in greifbare Nähe gerückt. In Kambodscha berennen die Befreiungskämpfer die letzen dem Lon-Nol-Regime noch verbliebenen Städte, Stützpunkte und Landstriche. In Südvietnam haben die Befreiungsstreitkräfte in der Verteidigung des Pariser Vietnamabkommens Saigon machtvolle Gegenschläge versetzt und Thieu in diesem Jahr gezwungen, etliche Provinzen restlos aufzugeben.

Trotz der Tatsache, daß die US-Imperialisten ihre Einmischung verstärkt haben, schreitet der Befreiungskampf von Sieg zu Sieg. Amerikanische Marineeinheiten und Truppen wurden in Bereitschaft versetzt, um das kambodschanische Volk einzuschüchtern. Aber Drohungen und die massive US-Unterstützung für Lon Nol werden diesen nicht retten können. Allein im Februar hat Phnom Penh 20.000 Soldaten verloren; Streiks und Hungerrevolten in den Gebieten Lon Nols sind an der Tagesordnung. Eine Verstärkung der US-Hilfe kann den Sieg des kambodschanischen Volkes zwar hinauszögern, aber die Niederlage der amerikanischen Imperialisten ist bereits besiegelt.

Während Lon Nol auf dem Schlachtfeld empfindliche Niederlagen erleidet, gehen die USA immer noch mit dem Trick hausieren, die Königliche Regierung und die Befreiungsfront Kambodschas sollten doch mit Lon Nol "Verhandlungen" aufnehmen. Klar und eindeutig haben die Kambodschaner erklärt, daß es mit dem Marionettenregime absolut nichts zu verhandeln gibt, daß es nur eine Lösung gibt: bedingungslose Beendigung der US-Intervention und Aggression, und daß - so der II. Nationale Kongreß von Kambodscha - "der Existenz der faschistischen, korrupten Landesverräter um jeden Preis ein Ende gesetzt werden muß, weil sie ungeheuerliche, in der Geschichte Kambodschas beispiellose, Verbrechen auf sich geladen haben."



Meldung der „unabhängigen" Presse: „Zahllose Zivilisten flohen aus den vom Vietkong bedrohten Provinzen."

. . . in Kambodscha und Südvietnam

Gleichzeitig gehen auch im Süden Vietnams große Veränderungen vor sich. Das Thieu-Regime und die US-Imperialisten hatten seit der Unterzeichnung das Pariser Vietnamabkommen nie geachtet und eingehalten. Auf der anderen Seite hat die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams dieses Abkommen stets respektiert und einen unermüdlichen Kampf für seine Verwirklichung und zur Verteidigung der Errungenschaften des vietnamesischen Volkes geführt. Die US-Imperialisten und Thieu beharrten aber auf ihrem Kriegskurs und haben die Lage in Südvietnam verschärft.

Die machtvollen Gegenschläge des vietnamesischen Volkes sind eine gerechte Antwort auf diese Politik.

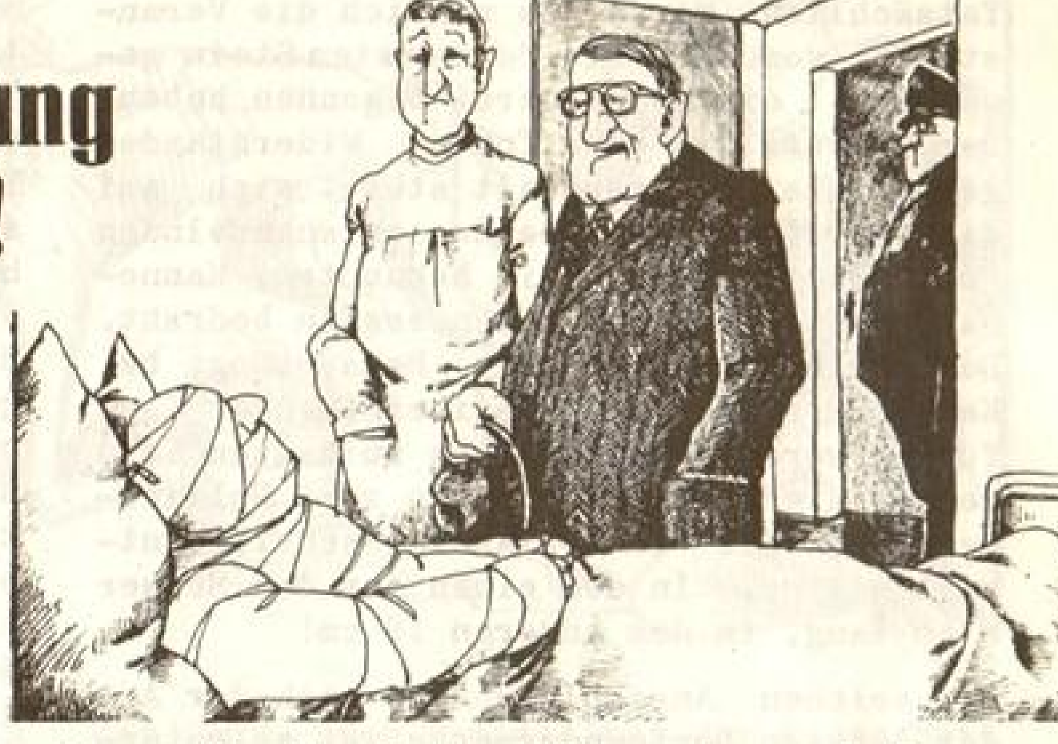
Um seine schwankende Herrschaft aufrecht zu erhalten, verübt Thieu ungeheure Verbrechen: die von seinen Truppen geräumten Gebiete werden rücksichtslos zerbombt, ihre Einwohner verschleppt und in die noch von Saigon kontrollierten Landesteile getrieben, Ausgangssperren werden verhängt und Terror herrscht in Saigon. Das alles zeigt, daß es nur einen Weg zur Wiederherstellung des Friedens und der Verwirklichung des Pariser Abkommens in Südvietnam gibt: Beendigung des militärischen Engagements der USA und ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams, der Sturz von Nguyen Van Thieu und die Bildung einer Verwaltung in Saigon, die sich für den Frieden und die nationale Eintracht ausspricht und die gewillt ist, das Pariser Abkommen gewissenhaft zu erfüllen.

Die Kampferfolge des vietnamesischen Volkes sind ein großer Schritt vorwärts zur Verwirklichung dieses Ziels.

Sieg den Völkern Indochinas! ●

Mit schneller Aburteilung nicht durchgekommen!

Der Prozeß gegen Reinhard Kannonier



„Leugnen Sie nicht. Sie haben Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet. Das sieht man doch auf den ersten Blick!"

Am 10. Februar stand in Salzburg Reinhard Kannonier - Zentralausschußmandatar der Österreichischen Hochschülerschaft - vor Gericht. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen das Wahlschutzgesetz und bewaffneten (!) Widerstand gegen die Staatsgewalt. Beide Anklagepunkte beziehen sich auf die Vorfälle rund um eine Veranstaltung des Kärntner Heimatdienstes (KHD) im Hotel Pitter/Salzburg im Mai des vergangenen Jahres. Als damals die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer Kritik an der chauvinistischen Slowenenhetze vorbrachte und sich für die Rechte der slowenischsprachigen Volksgruppe einsetzte, wußten sich die Veranstalter nur durch die Entfesselung einer Saalschlacht zu helfen. Die angerückte Polizei nahm willkürlich fünf fortschrittliche Menschen fest, darunter auch R. Kannonier. Er wurde bei der Festnahme durch Polizisten auf offener Straße krankenhausreif geprügelt und mußte wegen Verdachts auf innere Verletzungen zu einem stationären Aufenthalt ins Salzburger Landeskrankenhaus eingeliefert werden.

Nach dem ersten Verhandlungstag wurde nun der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt. Damit hat das Gericht ein erklärtes Ziel nicht erreicht: die Verurteilung möglichst noch am ersten Tag reibungslos über die Bühne zu bringen. Vereitelt wurde auch die Absicht, den Prozeß in den Semesterferien abzuwickeln und eine breite öffentliche Diskussion über den Fall zu verhindern.

Kaum ein Prozeß ist in Salzburg auf so breite Ablehnung in der Öffentlichkeit gestoßen. Das ist gut so, denn es zeigt, daß Teile der Bevölkerung Partei ergreifen für jemand, der gegen chauvinistische Hetze Stellung genommen hat, und die Entscheidung darüber, was Recht und was Unrecht ist, nicht länger dem bürgerlichen Staat und seinen Gerichten überlassen wollen!

Die bisher ungekannte Schärfe der Anklage - bewaffneter Widerstand gegen die Staatsgewalt - ermöglicht dem Gericht die Verhängung einer mehrjährigen Gefängnisstrafe. Und die Vorbereitung des Prozesses zeigt, daß dieser Staat und seine Organe nichts unversucht lassen, um Menschen, die sich gegen rassistische und chauvinistische Aufspaltung der Arbeiterklasse und des Volkes und gegen Unterdrückung jeder Form wenden, zu denunzieren und als Verbrecher abzustempeln. Angeklagt ist Reinhard Kannonier - getroffen werden sollen alle fortschrittlichen Menschen.

Das Gericht versucht dabei mit allen Mitteln, die politische Frage nach der Berechtigung des Auftretens gegen chauvinistische Propaganda auf die Ebene der Kriminalistik herunterzuzerren, auf die Frage, wer "den ersten Stein geworfen" hat. Daher auch die unermüdlichen Dementis der Justizbehörden und des Justizministers auf die berechtigten Vorwürfe, hier finde ein politischer Prozeß statt. Nach der Logik, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, meinte Broda: "Es handelt sich um keinen politischen Prozeß" und "...es ist den Anklagebehörden versagt, politische Wertentscheidungen zu treffen." (zit. n. "Salzburger Nachrichten" vom 2.II.1975) Das Pech für die "Anklagebehörden" besteht nun darin, daß sie also einerseits ihre politischen Ziele nicht preisgeben dürfen, andererseits ihre juridischen Mittel, diese Ziele zu verfolgen, auf äußerst schwachen Füßen stehen.

⇨

Tatsächlich waren es nämlich die Veranstalter vom KHD, die "den ersten Stein geworfen", die Schlägerei begonnen haben. Der Vorwurf des bewaffneten Widerstandes gegen die Staatsgewalt stützt sich auf die Aussagen der beiden amtshandelnden Polizisten selbst, die behaupten, Kannonier hätte sie mit Gartensesseln bedroht. Der Gipfel aber ist die Behauptung, bei Kannoniers Festnahme sei ein Messer gefunden worden. Was davon zu halten ist, zeigen die Berichte von den zwei Polizeibeamten, die in der Anklageschrift enthalten sind. In dem einen ist das Messer 8 cm lang, in dem anderen 18 cm!

Mit solchen Anschuldigungen nach der Art der letzten Dorfgendarmerie ist es natürlich schwer, eine Verurteilung durchzusetzen, und das ist auch am ersten Verhandlungstag zutage getreten.

Übereinstimmend erklärten die vernommenen Zeugen, daß nicht der Angeklagte die Polizei, sondern diese Kannonier tätlich angegriffen habe, und in mehreren Aussagen wurde das Recht, gegen Chauvinismus und Rassismus Stellung zu nehmen, verteidigt. Der Prozeß wurde zur Ladung von Zeugen auf unbestimmte Zeit vertagt.

Zweifellos stellt die Vertagung einen Teilerfolg dar. Aber selbst dieser konnte nur erreicht werden, weil die Sache des Angeklagten gerecht ist und von Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde. Entscheidend ist, daß die Vorfälle rund um die Veranstaltung des KHD breit propagiert wurden.

Bereits am Tag nach der Veranstaltung des KHD wurden in Salzburg mehrere Tausend Flugblätter verteilt, um damit den Entstellungen in der bürgerlichen Presse den Wind aus den Segeln zu nehmen. Auch vor dem jetzigen Verhandlungstermin wurde mit Flugblättern agitiert und wertvolle Diskussionen in der Stadt kamen zustande. Warum auch sollten die Arbeiter und die Volksmassen gegen uns sein in einer Sache, in der wir gegen die Spaltung der Massen in verschiedene sprachliche und kulturelle Gruppen aufgetreten sind? Sich zu fürchten und das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen, das ist Sache derer, die die Chauvinisten in Schutz nehmen, ist Sache des bürgerlichen Staates und seiner Gerichte.

In der Berichterstattung der bürgerlichen Presse vor und nach dem ersten Prozeßtag fand die Stimmung unter der Bevölkerung ihren Niederschlag. Sie konnten nicht mehr so, wie sie wollten. Um die Atmosphäre trotzdem etwas anzuheizen, brachte die "Kronenzeitung" (Salzburg-Ausgabe) am Tag vor dem Prozeß eine längere Notiz auf der Titelseite unter der Schlagzeile: "Politischer Prozeß in Salzburg - Unruhen drohen" (9.II.1975). Im Blattinneren konnte aber auch die "Kronenzeitung" nicht umhin, die "Gestapositte der Polizei" anzuprangern. Auch andere Zeitungen mußten wohl oder übel die Frage stellen, warum denn niemand vom Kärntner Heimatdienst angeklagt sei. Einzige Ausnahme bildete hierbei das "Salzburger Volksblatt", das wieder einmal einen Triumph über die eigene Geistesgröße feierte. Am 8. Februar kündigte das Blatt an: "Marxisten drohen den Prozeß zu sprengen", nur um dann nach der Verhandlung lautstark zu verkünden: "Extremistenstörversuche im Keim erstickt" ("SVB" v. 11.II.1975).

Wie empfindlich die Justizbehörden auf das gesteigerte Interesse der Öffentlichkeit an dem Prozeß reagierten, zeigte sich, als vor dem Prozeß ein Gipfelgespräch zwischen Polizei und Justiz angesetzt wurde, um über Sicherheitsmaßnahmen zur reibungslosen Prozeßabwicklung zu beraten.

Es ist kein Zufall, daß mit der jüngsten Strafrechtsreform die Strafsätze für Prozeßbeeinflussung (darunter fällt die öffentliche Parteinahme für oder gegen einen Angeklagten vor dem Prozeß) drastisch erhöht wurden. Denn ein Urteil zu verhängen gegen jemand, der im Interesse der übergroßen Mehrheit des Volkes aufgetreten ist, ist nur möglich, wenn das Gericht selbst "unabhängig" ist - unabhängig eben von den Interessen und der Beeinflussung durch das Volk.

Obwohl nun mit der Vertagung ein Teilerfolg errungen werden konnte, wird das Gericht dennoch weiter versuchen, ein exemplarisches Urteil zu fällen. Es gilt daher, den bereits eingeschlagenen Weg noch entschiedener zu beschreiten und unter der Losung "Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen R. Kannonier" jene Öffentlichkeit herzustellen, die dieser Staat und sein Gericht so sehr fürchten. Diese Losung bringt zum Ausdruck, daß wir kein Vertrauen in ein gerechtes Urteil oder einen Freispruch setzen, sondern das Verfahren selbst als gegen alle fortschrittlichen Menschen gerichtet ablehnen.

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen R. Kannonier!

(Nach einem Bericht d. KB Salzburg/Hallein) ●



Ein Leserbrief

Die kranke Schindmähre

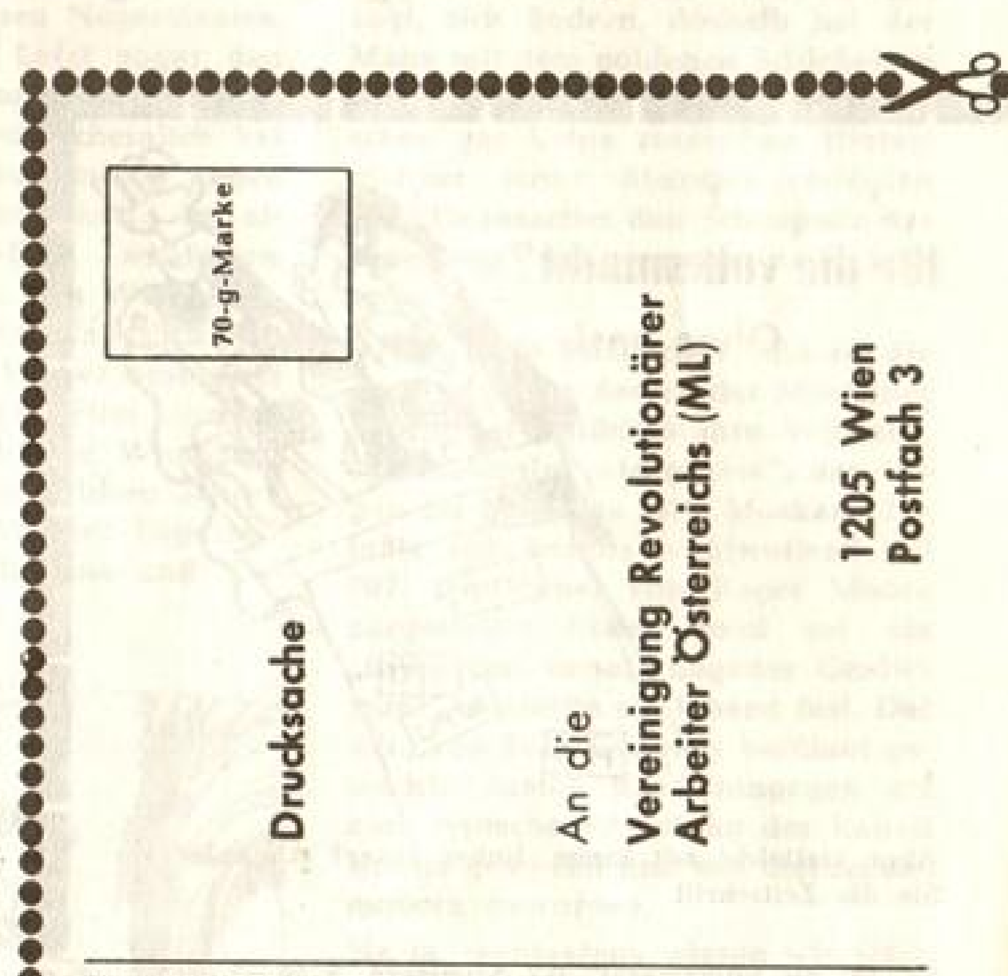
Im Mittagsjournal des ORF wurde heute von der Sprecherin die triste Wirtschaftslage der "westlichen Welt" beleuchtet: nichts als Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit! Zum Schluß derselben Sendung berichtete sie - freilich mit gesenkter Stimme - über die Wirtschaftserfolge im sozialistischen China, wo die Produktion der wichtigsten Bedarfsgüter um zehn bis dreihundert Prozent gestiegen ist. Der Aufschwung in der Volksrepublik China ist so offenkundig und die Berichte bürgerlicher Augenzeugen (die dem Sozialismus durchaus nicht wohlwollend gegenüberstehen) über diesen Aufschwung sind so zahlreich, daß sogar der reaktionäre ORF sich gezwungen sieht, hie und da ein wenig darüber zu melden. Denn nicht nur die verschiedenen Politiker, Journalisten und diversen Fachleute aus allen möglichen kapitalistischen Ländern, die von einem Besuch aus China kommen, sprechen erstaunt von dem Fortschritt bei den Aufbauleistungen des chinesischen Volkes; auch in der Masse unserer Bevölkerung haben sich bereits die Errungenschaften der Chinesischen Volksrepublik herumgesprochen, und die denkenden Arbeiter sind immer mehr unserer Argumentation zugänglich.

Es wäre deshalb gut, wenn unsere Zeitung öfters den sozialistischen Aufbau in China dem kapitalistischen "Abbau" im Westen gegenüberstellte. Durch eine solche deutliche und richtige Gegenüberstellung könnte der Schleier der Unwissenheit, mit dem die Kapitalisten die Volksmassen umnebeln, zerrissen, das Klassenbewußtsein der österreichischen Arbeiter gehoben und ihr Kampf auf den Weg der sozialistischen Revolution gelenkt werden.

Es wäre auch zu empfehlen, in unserer Zeitung eingehend über die chinesischen Erfahrungen mit der Akupunktur (Anästhesie und Behandlung) zu berichten. Dafür besteht im Volk ein großes Interesse, und das könnte auch unmittelbar der Gesundheit der einfachen Menschen zugute kommen.

„Wer will unter die Soldaten . . . ?"

Schon im Morgenjournal des Senders "Ö 1" hatte ich die Nachricht gehört - von der Ansagerin mit erhobener Stimme gebracht -, daß sich heuer eine große Zahl junger Österreicher als Offiziers-Anwärter freiwillig gemeldet hat. Und als gleich anschließend in der Sendung von der über-



UNTERNEHMER UNTER SICH

Direktor Pro, von der Firma Pro & Fit, lag sterbend im Sauerstoffzelt. Daneben saß sein Freund und Kompagnon Direktor Fit, der sich die Tränen aus den Augen wischte. „Sorge dich nicht", flüsterte der Sterbende. „Ich habe dir, weil ich keine Verwandten habe, als meinem Freund und Mitarbeiter alles vermacht. Du erbst meinen Landsitz, meine Jacht — ja du erbst als mein Freund mein ganzes Vermögen!"

„Du bist so gut zu mir!" schluchzte der Freund. „Wie soll ich dir nur danken. Ach — könnte ich doch nur noch etwas für dich tun!" — „Du kannst was für mich tun", flüsterte der Sterbende mit letzter Kraft. „Nimm — deinen Fuß — vom Sauerstoffschlauch!" ●

großen Zahl junger Menschen berichtet wurde, die in Amerika freiwillig zum Militärdienst angetreten sind, war ich zutiefst schockiert. Die Zusammenstellung dieser beiden Meldungen war doch keineswegs zufällig; denn die neue weltweite Wirtschaftskrise mit der grassierenden oder drohenden Arbeitslosigkeit ist doch die Ursache, daß sich plötzlich viele junge Leute "unter die Soldaten" drängen!

Da mußte ich an die Zeit von 1929-1938 denken, als die Arbeitslosigkeit so gigantisch anschwoll, daß sich junge Arbeiter zum Militärdienst meldeten, um wenigstens eine geringe Verpflegung zu haben. Aber dazu brauchte man damals eine Empfehlung von einem Pfarrer, sonst wurde man nicht einmal zu einem Tageslohn von 50 Groschen aufgenommen. Wer zu solchen "50-Groschen-Manderln" wurde, zeigte sich dann deutlich im Jahre 1934: Burschen dieser Art waren es, die aus lauter christlicher Nächstenliebe in Arbeiterwohnungen hineinschossen und sich auch sonst als bestialische Mordbanditen erwiesen. Die Nachfahren der Anstifter jener Untaten verlangten und erhielten von den heutigen SPÖ-Führern ein allgemeines "Vergessen und Vergeben". Dafür sitzen die letzteren jetzt in vergoldeten Regierungssesseln und nehmen die Interessen des Kapitals wahr, wie seinerzeit ein Prälat Seipel oder ein Kardinal Innitzer...

Diese Tatsachen können der Jugend nicht oft genug aufgezeigt werden, und man muß sie auch immer wieder den älteren Menschen in Erinnerung rufen. Nur dann werden die Menschen erkennen, daß die Aussichtslosigkeit der Werktätigen im Kapitalismus die massenhafte Aufrüstung gegen das eigene Volk und gegen die friedliebenden Menschen in aller Welt ermöglicht und daß die Arbeiterklasse die Schutzgarden und Mörderbanden des Kapitals entwaffnen muß, wenn sie das Ausbeutersystem vernichten und sich selbst befreien will!

Arbeitslosigkeit und Abtreibung

Auch der Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit, die in den "westlichen" kapitalistischen Ländern rapid zunimmt (am 24. Februar wurde für die 9 EWG-Länder eine Zunahme um 40 Prozent auf insgesamt 4,2 Millionen gemeldet! - Die Red.), und der Abtreibung, die durch das Gesetz über die Fristenlösung zumindest teilweise straffrei gemacht wurde, drängt sich da einem auf. Gerade in einem Augenblick, da in den "Wohlstands"gesellschaften und "Wirtschaftswunder"ländern Millionen lebende Menschen in das Elend der Arbeitslosigkeit und an den Rand des Hungers getrieben werden, wagen es scheinheilige Reaktionäre, unaufgeklärte Leute für eine "Aktion" zum Schutze "ungeborenen Lebens" zu mißbrauchen! Die Erfahrung zeigt doch, daß gerade ungewollte Kinder wegen der tristen sozialen Umstände, unter denen sie gezeugt und in die Welt gesetzt worden waren, oftmals lebensuntüchtige und unglückliche Menschen wurden.

Doch der Kapitalismus braucht ebenso wie willfährige Soldaten zur gewaltsamen Unterdrückung des eigenen Volkes und zur Unterjochung fremder Völker auch eine "industrielle Reservearmee" von Arbeitslosen, die auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Werktätigen drückt...

L. W., Wien

UND IHRE MEINUNG ?

»Liebesgrüße aus Moskau«

So hieß ein alter James-Bond-Film, über den die Russen — mit Recht — verärgert waren. Inzwischen hat sich einiges geändert, und kürzlich erhielt James Bond tatsächlich eine Liebeserklärung aus Moskau.

Es war einmal ein Held, der hieß 007 James Bond. Weil er aber nicht der Held aus einem Kindermärchen, sondern aus der Märchenwelt Hollywood war, deshalb freite er auch keine schöne Prinzessin und erschlug keine Drachen, sondern legte vielmehr reihenweise vollbusige Missen und russische Spione aufs Kreuz.



Der alte James Bond: ein böser Mensch, weil er die Russen aufs Korn nahm.

Oder, klarer ausgedrückt: Die Missen legte er ins Bett und die Russen um.

Doch die Zeiten ändern sich, und damit auch die Aufgaben der Märchenerzähler. Es hat sich inzwischen bis zum dümmsten Filmproduzenten herumgesprochen, daß die russischen Führer an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung interessiert sind und deshalb russische Agenten sowas wie Freunde und Helfer gegenüber revolutionären Umtrieben geworden sind. 007 mußte also umlernen. Seine Busenfreundinnen blieben ihm dabei zwar erhalten, aber die alten Feinde aus Moskau sind jetzt tabu.

James Bonds neues Feindbild liegt in der Welt der Farbigen. In seinem vorletzten Film („Leben und sterben lassen") ließ er vor allem Neger sterben, denn diese haben ja außer ihrer verdächtig dunklen Haut bekanntlich auch noch andere Charakterfehler. Einen Mister Big, den Präsidenten eines imaginären und in der UNO vertretenen Negerstaates, warf er zu guter Letzt sogar den Haien zum Fraß vor. (Geschieht ihm recht, dem Big, wahrscheinlich hat er bei der Vollversammlung gegen die Supermächte gestimmt.) Im allerneuesten Bond-Film wiederum, der gegenwärtig in den Wiener Kinos läuft, werden hauptsächlich Asiaten kaltgemacht. Wobei besonders dieser vorläufig letzte Film eine bemerkenswerte politische Wandlung hinter sich hat. Vor etlichen Jahren nämlich, als eine Wiener Tageszeitung James-Bond-Romane und -Comic-strips veröffentlichte, da war „Der Mann mit dem goldenen Colt" nicht nur ein gefährlicher Gangster, sondern stand überdies in kubanischen bzw. russischen Diensten, und die Handlung spielte im karibischen Raum. Doch weil die Zeiten, wie gesagt, sich ändern, deshalb hat der Mann mit dem goldenen Schießeisen heutzutage keine kubanischen und schon gar keine russischen Hintermänner mehr; überdies verlegten die Filmemacher den Schauplatz der Handlung listigerweise nach Ostasien.



Der neue James Bond: ein „fröhlicher, ungezwungener Gentleman", weil er Negern und Chinesen das Lebenslicht ausbläst.

Soviel zarte Rücksichtnahme auf die empfindsamen Seelen der Moskauer Führer tat natürlich ihre Wirkung. Die „Literaturnaja gaseta", das Organ der geistigen Elite Moskaus, befaßte sich bereits wohlwollend mit 007. Der neue, von Roger Moore dargestellte James Bond sei ein „fröhlicher, ungezwungener Gentleman", so stellte sie lobend fest. Der alte, von Sean Connery berühmt gemachte James Bond hingegen sei eine typische Schöpfung des kalten Kriegs gewesen und mit diesem unmodern geworden.

Na ja, wenigstens wissen wir jetzt, was ein Gentleman ist. Einst verstand man unter dieser Bezeichnung einen Mann von vornehmer Gesinnung; weil sich aber nicht nur der kalte Krieg, sondern offenbar auch die Gesinnung geändert hat, deshalb liefert uns die „Literaturnaja gaseta" heute eine neue, moderne Definition. Ein Gentleman, das ist einer, der am liebsten Neger und Chinesen killt.

Der Bauer ist kein Ausbeuter

Er hängt vielmehr selber an der Kette des Handels-, Finanz- und Industriekapitals

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich den Artikel von W.L. im "Klassenkampf" vom Feber 1975 gelesen: "Die kommunistische Bewegung tritt in eine entscheidende Phase: Überwindung des Zirkelwesens, Schaffung einer gesamtösterreichischen Kampforganisation". Als ein innerhalb der revolutionären Bewegung tätiger Bauer will ich auf die Einschätzung der Bauernfrage durch Genossen W.L. näher eingehen.

Für W.L. ist die Bauernfrage, welche es im Zuge des revolutionären Prozesses in Österreich zu lösen gilt, nur eine "Randfrage". Das Ergebnis seiner Betrachtungen ist daher auch dementsprechend. Für ihn ist die breite Masse der vom Handels-, Industrie- und Finanzkapital bis aufs Blut ausgebeuteten kleinen und mittleren Bauern praktisch nicht mehr vorhanden; gibt es seiner "Einschätzung" gemäß doch nur mehr Landproletariat und Halbproletariat auf der einen und Agrarbourgeoisie auf der anderen Seite. Der zahlenmäßig überwiegende Teil der österreichischen Bauernschaft, das sind die kleinen und mittleren Bauern, die für den Markt Lebensmittel produzieren, wird einfach mit ein paar Federstrichen "wegtheoretisiert". Die "Einschätzung" des Gen. W.L. ist wohl eine Folge des fast vollständigen Fehlens einer gegenwartsgültigen Klassenanalyse des österreichischen Dorfes, welche als Betrachtungsgrundlage die konkrete historische Situation der österreichischen Bauernschaft nimmt. Die Früchte dieser Fehleinschätzung sind, daß man die kleinen und mittleren Bauern als Besitzbürger einstuft, somit auch als objektive Bündnispartner der Bourgeoisie "zu erkennen" glaubt.

Keinesfalls erkennt man in der werktätigen Bauernschaft einen Bündnispartner des Proletariats im Zuge des revolutionären Prozesses bis zum Sieg der Revolution, schon gar nicht in der Phase des sozialistischen Aufbaus unter der Diktatur des Proletariats.

„Kleinbürger besonderer Art"

W.L. übersieht, daß es für die werktätige Bauernschaft keinerlei Privileg mehr bedeutet, Besitzer von Produktionsmittel wie Grund und Boden, Landmaschinen, Stallungen, Vieh usw. zu sein. Ist doch der Besitz dieser Produktionsmittel in ihren Händen heute ausschließlich nur mehr eine Voraussetzung dafür, sich ein sehr bescheidenes Existenzminimum zu erarbeiten. Bildlich gesprochen: im "Schweiße ihres Angesichts", ihres eigenen, da die kleinen und mittleren Bauern bekanntlich keine Lohnarbeiter beschäftigen, also niemanden ausbeuten. W.L. übersieht, daß der werktätige Bauer nicht als profitsuchender Warenproduzent am Agrarmarkt operiert, sondern auf "Gedeih und Verderb" (wobei man "Gedeih" ruhig weglassen kann!) dem Preisdiktat bauernfeindlicher Agrarmonopole (dazu zählen auch die ehedem bäuerlichen Institutionen wie Genossenschaften usw.) ausgeliefert ist. Und der "Lohn", welcher der werktätigen Bauernschaft in Form der "Erzeugerpreise" von diesen Agrarmonopolen und einer in deren Diensten stehenden "Agrarmarktordnung" zuerkannt wird, ist "zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel", Gen. W.L.! Ist das nicht Ausbeutung der kleinen und mittleren Bauern durch das Handels- und Industriekapital?

Den Besitz von Produktionsmitteln muß man durchaus als "negatives Privileg" betrachten. Denn ihre Anschaffung - als Voraussetzung, überhaupt produzieren zu können - bedeutet eine Verschuldung in immer größerem Ausmaß an die Finanzierungsinstitute, Banken usw. Anders formuliert heißt das: Ausbeutung des werktätigen Bauern durch das Finanzkapital. Und Ruin der kleinen und mittleren Bauern überhaupt, heißt in Wirklichkeit die "Lösung" der Bauernfrage im Kapitalismus.

Das sind die "klassenspezifischen" Eigenschaften der werktätigen Bauernschaft, der kleinen und mittleren Bauern, welche mich zu der Behauptung berechtigen, daß es sich bei dieser sozialen Schichte um einen eigenen Klassenkörper innerhalb unserer Gesellschaft handelt. Dieser Klassenkörper von "Kleinbürgern besonderer Art" ist nicht nur als solcher zu behandeln, sondern sein objektiv revolutionäres Potential im Klassenkampf gegen die Ausbeuter besteht darin, daß seine Angehörigen als Bauern und als Bündnispartner an das revolutionäre Proletariat heranzuführen sind. Das muß die grundlegende Einschätzung in der Bauernfrage sein, an der nicht gerüttelt werden darf. Meinungsverschiedenheiten sollte es nur mehr darüber geben, wie und was wir konkret machen, um die werktätigen Bauern als Bündnispartner an das Proletariat heranzuführen.

Es muß unsere Aufgabe sein, der werktätigen Bauernschaft nicht nur zu helfen, sich ihrer Rolle als Ausgebeutete im Kapitalismus klar zu werden - eine Voraussetzung, um bewußt Klassenkampf führen zu können -, sondern wir müssen ihr auch Perspektiven in der zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft aufzeigen. Und zwar eine Perspektive als Bauern, als Genossenschaftsbauern. Es gilt für uns Marxisten-Leninisten, der Bauernschaft klar zu machen, daß die sozialistische Revolution auch ein Mittel ist, der werktätigen Bauernschaft eine fortschrittliche Perspektive zu eröffnen.

Klassengliederung des österreichischen Dorfes

Für eine realistische Einschätzung der Bauernfrage ist es nötig zu erkennen, daß sich die Klassengliederung innerhalb der Bauernschaft im Laufe der letzten Jahrzehnte gewaltig verändert hat. Hauptauslöser dieser Veränderung war die industrielle Entwicklung in Österreich. Die besseren Verdienstmöglichkeiten in der Industrie bewirkten die vollständige Abwanderung der Lohnarbeiter (Knechte und Mägde) vom mittleren Bauernhof, teilweise auch vom Großbauernhof. Es gibt heute bei den mittleren Bauern keine Ausbeutung fremder Lohnarbeit mehr. Um seine Agrargüterproduktion aufrechterhalten zu können, war der Bauer gezwungen, das "variable Kapital" für nun fehlenden Lohnarbeiter durch "konstantes Kapital" zu ersetzen (Traktoren, Landmaschinen, Melkanlagen, mechanische Entmistung usw.), was wiederum eine der Ursachen der bäuerlichen Verschuldung war. Aber nicht nur die Art und Weise der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, sondern auch bei deren Vermarktung hat es gewaltige Veränderungen im Laufe der Jahre gegeben. Wenn der Bauer früher seine Erzeugnisse noch selbst auf den Markt brachte, ist es heute so, daß zwischen dem Bauern als Erzeuger und dem Verbraucher seiner Agrarprodukte die Industrie- und Handelsmonopole als Ausbeuter sowohl der Bauern als auch der Konsumenten stehen. Es ist allerhöchste Zeit, sich von dem "Löwingerbühnenklischee" der Bauern freizumachen und die werktätige Bauernschaft endlich als das zu betrachten, was sie ist: Eine vom Industrie-, Handels- und Finanzkapital ausgebeutete soziale Schichte.

Im folgenden ein kurzer Abriß der Klassengliederung des österreichischen Dorfes der 70er Jahre:

1. Landproletariat: Das sind Land- und Forstarbeiter, die zum überwiegenden Teil bei Land- und Forstgutsbesitzern, zum geringeren Teil bei Großbauern Beschäftigung finden. Der Landproletarier denkt und fühlt als Proletarier und wird sich im Zuge des revolutionären Prozesses vorbehaltlos in die Reihen des kämpfenden Proletariats eingliedern.

2. Halbproletariat: Dazu zählen die Nebenerwerbsbauern, das sind Bauern, die ihr Haupteinkommen nicht mehr aus ihrer eigenen bäuerlichen Tätigkeit beziehen, sondern aus einer Beschäftigung in Industrie, Handel usw. Der Bauernhof dient diesen Halbproletariern nur mehr vorwiegend als Wohnstätte. Lebensmittel produzieren sie nur mehr - oder fast nur mehr - für den persönlichen Verbrauch. Sie sind faktisch doppelt ausgebeutet und stehen - trotz "Eigentümer"illusionen - den Proletariern sehr nahe.

3. Klein- und Mittelbauern: Das sind Bauern, die keine Lohnarbeiter beschäftigen und deren Einkommen fast ausschließlich aus ihrer Tätigkeit als Agrargüterproduzenten besteht. Sie sind "Kleinproduzenten besonderer Art" mit klassenspezifischen Eigenschaften einer werktätigen Bauernschaft, welche vom Industrie-, Handels- und Finanzkapital nach Strich und Faden ausgebeutet werden. Ihr Kampf gegen Ausbeutung ist Klassenkampf gegen das Kapital, und sie sind objektiv Bündnispartner des Proletariats.

4. Land- und Forstgutsbesitzer, Großbau-

ern, Agrarkapitalisten, agrarbürokratische Kapitalisten: Alle diese unter 4. genannten Schichten gehören zur Agrarbourgeoisie und sind Mitglieder der mächtigen Familie der österreichischen Bourgeoisie. Die vier erstgenannten beuten Lohnarbeit aus, beziehen eine Grundrente, sind profitsuchende Warenproduzenten und Spekulanten. Sie haben mit der werktätigen Bauernschaft absolut nichts gemein. Die agrarbürokratischen Kapitalisten sind deshalb zur Agrarbourgeoisie zu zählen, weil sie als Bonzen in den verschiedenen ehedem bäuerlichen Institutionen gute Sachwalter der Agrarbourgeoisie sind und dabei fette Pfründen einstreichen.

Die Wichtigkeit der Bauernfrage

Es wäre ein Fehler, die Bauerfrage im vorrevolutionären Prozeß als eine zweitrangige Frage zu behandeln. Durch Fehleinschätzung dieser Frage würde das Proletariat seinen objektiv wertvollsten Bündnispartner im revolutionären Kampf verlieren: die werktätige Bauerschaft.

Eine solche Fehleinschätzung ist nur allzuoft das geistige Produkt von theoretisierenden Intellektuellen innerhalb der revolutionären Bewegung, die dazu neigen, sozioökonomische Prozesse durch die idealistische Betrachtungsbrille zu erkennen.

Gewappnet mit der Fähigkeit, aus Fehlern zu lernen und Kritik und Selbstkritik zu üben, werden bzw. sollen sich die Genossen der verschiedenen marxistisch-leninistischen Gruppen innerhalb der revolutionären Bewegung in Österreich daranmachen, die "Bauernfrage" auszudiskutieren und eine revolutionäre Strategie und Taktik in dieser Frage herauszuarbeiten. Nicht als Selbstzweck, sondern ausschließlich als Mittel, die theoretischen Grundlagen zu schaffen für eine erfolgreiche Heranführung der vom Kapital ausgebeuteten werktätigen kleinen und mittleren Bauern an die sozialistische Revolution.

Das Suchen nach einer richtigen Einschätzung der Bauernfrage (und nicht nur dieser) soll im Geiste marxistischen Meinungskampfes und keineswegs im Geiste bürgerlicher Rechthaberei und geistiger Präpotenz vor sich gehen. Und wenn es uns gelingt, gemeinsam die noch herrschenden Meinungsverschiedenheiten bei der Einschätzung der Bauernfrage auszuräumen, so würden wir, zumindest in dieser Frage, einen kleinen Schritt unserem Etappenziel auf dem Weg zur sozialistischen Revolution in Österreich näherkommen: der Einheit der marxistisch-leninistischen Gruppen Österreichs auf der Basis des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen.

K. G., Kärnten ●

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!

(Aus einem Aufruf des Chile-Komitees Wien)



Pinochet „Jefe Supremo de la Nación" (Höchster Chef der Nation)

"Seit über 18 Monaten wütet die Diktatur der chilenischen Militärjunta, die ihre Herrschaft nur durch die brutale Unterdrückung aller politischen und gewerkschaftlichen Rechte und durch die Bespitzelung und Verfolgung aller Kräfte des Widerstandes aufrechterhalten kann. Mit dem Verbot der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT und aller Organisationen der Arbeiter und Bauern hat die Junta Verhältnisse geschaffen, die den Werktätigen kaum mehr die nackte Existenz gewährleisten. Eine chilenische Arbeiterfamilie muß heute ein Viertel ihres Lohnes aufwenden, um sich täglich genügend Brot kaufen zu können. 1,5 Millionen Chilenen sind nach Angaben der Weltbank arbeitslos. In den Arbeitervierteln wächst das Elend, grassieren Mangelkrankheiten.

Die Junta übt ihre Macht im Interesse internationaler Konzerne und einer kleinen Zahl chilenischer Kapitalisten und Großgrundbesitzer aus. Sie ermöglicht ihnen heute die extreme Ausbeutung der Werktätigen Chiles und gab enteignete Betriebe und Ländereien wieder in die Hände der Ausbeuter zurück.

Niemals während der eineinhalb Jahre der Juntadiktatur hat das chilenische Volk aufgehört, gegen seine Unterdrücker zu kämpfen. Die Junta ist heute schwächer als vor einem Jahr, der Widerstand aktiver und breiter. Trotz der unerhört schwierigen Bedingungen der Illegalität organisiert sich in Chile der Widerstand in Fabriken und Stadtvierteln, an Schulen und Universitäten, in der Armee, unter den Bauern und selbst in den Konzentrationslagern....

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Nach wie vor gibt es in Chile zehntausende politische Gefangene. Tag für Tag verschwinden weitere Chilenen in den KZ's und Gefängnissen, ohne daß ihre Angehörigen je wieder etwas von ihnen erfahren. Die Gefangenen gehören verschiedenen Schichten der Gesellschaft an, in ihrer überwiegenden Mehrheit sind sie Arbeiter und Bauern. Was sie verbindet ist ihr gemeinsamer Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Folter, die jetzt bereits auch an inhaftierten Eltern, Frauen und Kindern von Widerstandskämpfern angewendet wird, Isolation, gesundheitsschädigende Unterkünfte und Ernährung, mangelnde medizinische Versorgung kennzeichnen die Situation der Gefangenen. Trotzdem sind Kampfgeist und Widerstandskraft der Häftlinge nicht gebrochen", heißt es in dem Aufruf. Sie kämpfen für die Verbesserung ihrer Haftbedingungen.

"Unterstützen wir den Kampf der politischen Gefangenen in Chile!

Weg mit der Folter!

Für die sofortige Freilassung aller inhaftierten Angehörigen von Widerstandskämpfern!

Schluß mit dem Terror! Weg mit den Ausnahmegesetzen!

Im Vergleich zum blinden Wüten der ersten Zeit nach dem Putsch vom 11. September 1973 ist heute der Terror nicht weniger massenhaft und grausam - aber seine Methoden haben sich verfeinert und systematisiert. Massenkontrollen auf den Straßen, Perlustrierung ganzer Wohnviertel, permanente Razzien, Standrecht, Ausnahmegesetze, nächtliches Ausgehverbot und die Unterordnung der Zivilgerichte unter Militärgerichte kennzeichnen die tägliche Realität.

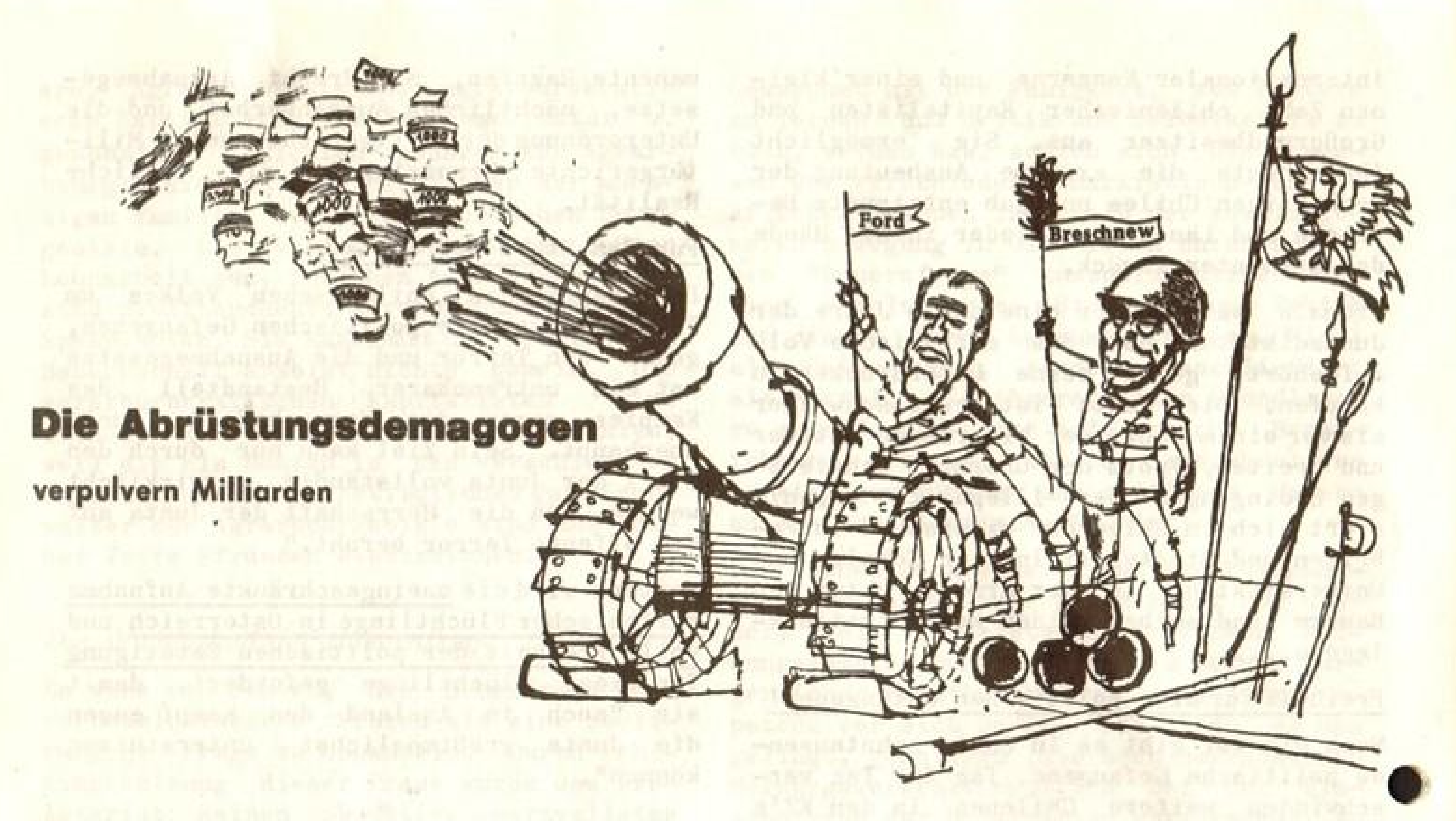
Für den Sturz der Junta!

Der Kampf des chilenischen Volkes um Freiheit für alle politischen Gefangenen, gegen den Terror und die Ausnahmegesetze ist ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes gegen die Herrschaft der Junta überhaupt. Sein Ziel kann nur durch den Sturz der Junta vollständig verwirklicht werden, da die Herrschaft der Junta auf dem offenen Terror beruht."

Weiters wird die uneingeschränkte Aufnahme chilenischer Flüchtlinge in Österreich und volle Freiheit der politischen Betätigung für diese Flüchtlinge gefordert, damit sie "auch im Ausland den Kampf gegen die Junta größtmöglichst unterstützen können".

*

Das Chile-Komitee Wien hat den obenstehenden (von uns unwesentlich gekürzten) Aufruf zur Unterstützung des antifaschistischen Kampfes des chilenischen Volkes gegen die Junta und ihre imperialistischen Hintermänner veröffentlicht. Die revolutionären Arbeiter fühlen sich solidarisch mit dem leidenden und kämpfenden chilenischen Volk, so wie wir überhaupt den Kampf aller Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus unterstützen. Zugleich wenden wir uns entschieden gegen den Mißbrauch der Solidaritätsbewegung seitens der russischen Sozialimperialisten und der Sozialistischen Internationale, die demagogisch ihre eigenen reaktionären Zwecke verfolgen. ●



Die Abrüstungsdemagogen

verpulvern Milliarden

Hundert Milliarden Dollar, diese gigantische Summe macht das Rüstungsbudget der USA im kommenden Staatshaushalt aus. Das ist eine Steigerung um elf Milliarden. Ähnlich gigantisch - wenn auch die tatsächlichen Ziffern verschleiert werden - sind die Beträge, welche die russischen Sozialimperialisten für die Rüstung aufwenden.

Diese Tatsachen kann man aus bürgerlichen Zeitungen erfahren, wenn sie auch nicht so groß aufgemacht werden wie die diversen Artikel über "Entspannung" und "Abrüstung".

Wozu aber eine ständige Steigerung der Rüstungsbudgets, wenn die imperialistischen Machthaber in den USA und Rußland doch so "friedliche" Absichten haben? Weil sie eben keine friedlichen Absichten haben, sondern im härtesten Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft stehen. Mit ihrem Gerede von "Abrüstung" und "Entspannung" wollen sie nur die Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft der Völker einschläfern, um leichtes Spiel zu haben.

Diese "Agitatoren des Friedens" entlarven sich aber immer wieder selbst und die Völker gehen ihnen längst nicht mehr auf den Leim. Im Gegenteil, immer stärker treten sie den Weltherrschaftsplänen der beiden Supermächte entgegen.

Es liegt im Lebensinteresse der arbeitenden Bevölkerung Österreichs, die Machinationen der Supermächte zu durchschauen. Besonders deshalb, weil die herrschende Kapitalistenklasse in unserem Land nur Macht und Profit gesichert sehen will und deswegen durchaus bereit ist, den beiden Supermächten dienstbar zu sein. Im Interesse der Werktätigen liegt es aber nur, wenn Österreich eine Politik der Unabhängigkeit und Neutralität betreibt und ebenso wie andere Länder - vor allem der Dritten Welt - gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte auftritt. Für so einen Kurs müssen wir eintreten und dafür, daß die Beziehungen unseres Landes zu anderen Staaten streng nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufgebaut werden, daß Handels- und Wirtschaftsverträge auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens abgeschlossen werden.

J.F.

Dadschai — Vorbild für die Landwirtschaft in China



Nachstehend bringen wir die Fortsetzung des Interviews, welches der Genosse Tschen Yung-Gui der Nachrichtenagentur "Hsinhua" über die Erfahrungen der revolutionären Bauern von Dadschai gab. Im ersten Teil wurde über die Erfolge bei der Umgestaltung der Natur und beim Aufbau der kollektiven Wirtschaft berichtet. Diese wurden errungen, weil die Bauern von Dadschai am Grundsatz des Selbstvertrauens und des harten Kampfes festhielten und große Mühen auf sich nahmen.

"Einige Leute werden fragen: Warum seid ihr bereit, euch so anzustrengen? Die Antwort darauf ist sehr leicht. Es ist einfach so: Weil wir arm sind, wollen wir Revolution machen und den Sozialismus aufbauen. Wie kann einer glauben, daß man die Natur ohne Schweißvergießen verändern könnte? Müßiggang und Untätigkeit werden niemals auch nur eine Kleinigkeit verändern. Es hat alles keinen Sinn, wenn man nicht hart arbeitet. In der alten Gesellschaft waren wir unterdrückt und ausgebeutet. Wir armen und unteren Mittelbauern hatten kein Land. Wir mußten unseren Schweiß für die Gutsbesitzer und Großbauern vergießen. Das war echte Not, Not in ihrer bittersten Form. Nun arbeiten wir für den Sozialismus und die Revolution, für das Glück der arbeitenden Menschen. Unsere Arbeit ist schwer, aber wir spüren echte Genugtuung in unseren Herzen. In den Kriegsjahren gaben viele Revolutionäre ihr Leben für uns, für das selbe Ziel. Das ist es, wofür wir schwere Mühen auf uns nehmen. Unsere Kader arbeiten nicht nur unentwegt gemeinsam mit dem Volk, sondern sie gehen auch stets dort voran, wo eine schwere, schmutzige oder gefährliche Arbeit zu tun ist. Darum besitzen sie beim Volk ein hohes Ansehen, und deshalb sind auch hunderte von Menschen bereit, in Aktion zu treten, wenn die Kader dazu aufrufen.

Wir haben schwer gearbeitet, als wir noch vergleichsweise arm waren. Jetzt, da es uns besser geht, müssen wir so weitermachen. Die Kommunemitglieder von Dadschai haben es immer so gehalten. Obwohl sie nun besser als vorher leben, halten sie doch auch weiterhin den Geist des harten Kampfes aufrecht. Das kommt daher, weil wir für das langfristige Ziel der Weltrevolution und der Befreiung der gesamten Menschheit arbeiten.

Die Brigade Daschai ist nicht nur ein Beispiel für harten Kampf und Vertrauen auf die eigene Kraft. Unter der Führung der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung hat es einen neuen Weg eröffnet, um die Revolution auch fortzusetzen, nachdem in Chinas ländlichen Gebieten die Produktionsmittel aus privaten Händen in kollektives Eigentum übergegangen sind.

Die Entwicklung der Landwirtschaft ist nicht einfach ein Problem der richtigen Handhabung der Beziehung zwischen Menschen und Material sowie der Beziehung zwischen Menschen und Natur. Sie bedeutet nicht bloß Ackerland plus Dünger plus Saatgut

plus Technik. Weil nämlich die Landwirtschaft, die wir entwickeln, eine sozialistische ist. Und Vorsitzender Mao Tsetung lehrt uns: Im Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden: der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Welchen Weg wir einschlagen, das ist die grundlegende Frage. Die Brigade Dadschai hat die proletarisch-revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao in die Tat umgesetzt und ist ohne zu schwanken den sozialistischen Weg gegangen. Solange wir unsere sozialistische Orientierung aufrechterhalten und den Kampf gegen den Klassenfeind, gegen die revisionistische Linie und gegen kapitalistische Tendenzen führen, können wir auch unsere sozialistische Landwirtschaft höher entwickeln.

Die Ideologie des Privateigentums, die sich während Tausenden von Jahren im Denken der Menschen eingenistet hat, und die alten Ideen, Sitten, Gebräuche und Traditionen, die durch das System des Privateigentums erzeugt wurden, dienten früher dazu, dieses alte System zu festigen. Heute, nach der Errichtung des sozialistischen Systems dienen sie als Werkzeuge des Klassenfeindes, mit welchen er die sozialistische Wirtschaft zerstören, die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau sabotieren und den Kapitalismus wiederherstellen will. Sie schränken das Denken des Volkes ein und laufen den Interessen der Wirtschaft des sozialistischen öffentlichen Eigentums zuwider. Es ist das der Widerspruch zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis, der Klassenkampf auf dem Gebiet der Ideologie. Wir müssen die Bauern im Geiste des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen erziehen und sie von den alten Ideen befreien, sodaß sie mit dem herkömmlichen Denken brechen und die neuen Ideen vom Ackerbau für die Revolution entwickeln können und so die wirklichen Herren von Gesellschaft und Natur werden. Nur so kann die sozialistische Landwirtschaft besser und besser funktionieren. Das ist der Weg, den Dadschai viele Jahre hindurch verfolgt hat, und das ist auch der Weg, den der Kreis Hsiyang und viele andere fortgeschrittene Einheiten im ganzen Land beschritten haben. Die Leute von Dadschai und Hsiyang sagen oft: "Wenn sich die Menschen ändern, dann ändert sich auch das Land, und die Ernten steigen." Die Änderung der Menschen meint Änderung ihres Denkens. Das ist die wichtigste Sache, und diese hat ihren sichtbarsten Ausdruck in der Umgestaltung des Ackerlandes und in der steigenden Produktivität gefunden. Wenn die Massen die Wahrheit begreifen und ein gemeinsames Ziel haben, können sie wie ein Mann arbeiten. Wenn sich die Massen einmütig erheben, können sie Berge versetzen und Meere trockenlegen. Ihre Weisheit und Kraft ist unermeßlich.

Die Erfahrungen von Dadschai wurden in Hsiyang vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution nicht popularisiert. Einige leitende Mitglieder des alten Kreisparteikomitees folgten der revisionistischen Linie Liu Schao-tschis. Sie vertrauten nicht auf die Massen und leiteten die Bauern nicht dazu an, durch harte Arbeit die Natur umzugestalten. Statt dessen fuhren sie fort, den Staat um Geld anzugehen und ermunterten die Bauern, nur an ihre Privatparzellen zu denken. Sie schoben die kollektive Wirtschaft beiseite und forderten die Nebenproduktion, um Geld zu machen. Die Situation im Kreis blieb derart eine lange Zeit hindurch. Die Felder litten unter Erosion und die Erträge waren sehr gering. Dann kam die Große Proletarische Kulturrevolution, während der die Kader und Kommunebauern im Kreis Hsiyang die revisionistische Linie kritisierten und ihre Erfahrungen zusammenfaßten. Sie verglichen ihre Lage mit der von Dadschai, eruierten, wo die Fehler lagen und steigerten ihr Bewußtsein außerordentlich. Dadschai als Vorbild nehmend, führte das Kreisparteikomitee die Massen den sozialistischen Weg. Im Geist des harten Kampfes und des Vertrauens auf die eigene Kraft kämpften diese darum, Himmel und Erde umzuformen. Als ein Ausdruck dessen änderte sich das Gesicht der Landwirtschaft im ganzen Kreis und der Gesamtertrag an Getreide wuchs innerhalb von fünf Jahren auf das Dreifache an.

Es ist eine langwierige Aufgabe, die Bauern im Sinne der sozialistischen Ideologie zu erziehen. Den geistigen Einfluß von mehreren tausend Jahren auszumerzen, ist nicht so einfach, als Berge abzutragen und Schluchten zuzuschütten, um eine künstliche Ebene zu schaffen - was man ja in einem einzigen Winter vollbringen kann.

Die laufende landesweite Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, die eine tiefgreifende ideologische Bewegung darstellt, wird dazu beitragen, die Bewegung 'Lernt von Dadschai' zu verbreitern und zu vertiefen und so einen neuen Wandel in Chinas Landwirtschaft ankündigen." ●

Wird in Hallein und anderswo zugesperrt?



In den österreichischen Salinebetrieben herrscht unter den Arbeitern beträchtliche Unruhe. Anlaß dazu ist die Absicht, die Salzgewinnung ausschließlich in Ebensee zu konzentrieren, was heißt, daß früher oder später die anderen Produktionsstätten zugesperrt werden.

Der Grund dafür: so rationell - sprich höchstprofitbringend - zu arbeiten als möglich. Das ist einem Fernsehinterview von Finanzminister Androsch am 13. März zu entnehmen.

Was sich also im Interesse von Superprofiten bei der Salzgewinnung, die ein Staatsmonopol ist, abspielen soll, haben Privatkapitalisten schon unzählige Male vordemonstriert: Sogenannte unrationelle Betriebe werden geschlossen, die Arbeiter auf die Straße geworfen. Diese sollen schauen, wo sie wieder Arbeit finden. Daß das besonders in industriearmen Gebieten nicht leicht ist, vor allem für ältere Arbeiter, daß oftmals Arbeit angenommen werden muß, für die weniger Lohn bezahlt wird und in Jahrzehnten erworbene soziale Errungenschaften verlorengehen, kümmert die Herren Kapitalisten nicht. Die haben ja ihre Millionen bereits in der Tasche.

Das Beispiel der österreichischen Salinen beweist anschaulich, daß auch in den verstaatlichten oder Staatsbetrieben die gleichen kapitalistischen Grundregeln angewendet werden wie in der Privatindustrie. Die Wirklichkeit entlarvt das Gerede, daß die "Verstaatlichten" ja auch "unsere" Betriebe seien, für die wir Arbeiter notfalls auch "Opfer bringen" müssen, wie es uns besonders die verräterischen SPÖ- und ÖGB-Führer und die "K"PÖ-Bonzen einreden wollen. Im entwickelten, im staatsmonopolistischen Kapitalismus, tritt eben der Staat an die Stelle des einzelnen privaten Kapitalisten, besonders in den Bereichen der Großindustrie. Daran ändert auch eine SPÖ-Regierung nichts, wie sich zeigt. Im Gegenteil! Die Manager und Bonzen aus dem SPÖ-Lager sind als bürokratische Kapitalisten mit jährlichen Millioneneinkünften genauso an der Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung interessiert, wie etwa ein Schöller, ein Mautner-Markhof und andere. Erst wenn sich die Arbeiter die Macht im Staat erobert haben und das kapitalistische System zerschlagen, können sie tatsächlich von "unseren Betrieben" reden.

Die Absicht, ohne Rücksicht auf die Arbeiterinteressen aus den Salinen zusätzliche Profitmillionen herauszuholen, muß entschieden bekämpft werden. Dabei werden sich die Salinenarbeiter selbst organisieren und auf ihre eigene Kraft stützen müssen. Von den "Führern" in SPÖ und ÖGB ist da nichts zu erwarten, die stehen - wie das Beispiel Androsch als "oberster Chef" ja zeigt - im gegnerischen Lager. Und wenn sich die Salinenarbeiter zum Kampf um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze entschließen, muß eine breite Solidaritätsbewegung der arbeitenden Menschen entfacht werden. Denn zweifellos wird mit Phrasen wie "für das Gemeinwohl unrentabel", "wozu Steuergelder verpulvern" usw. versucht werden, die Schließung von Salzbergwerken durchzudrücken, die Arbeiterschaft aufzuspalten und einen gerechten Kampf der Salinenarbeiter zu verhindern.

W. F., Salzburg ●

Treffpunkt der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (ML):

Unser Lokal, Wien 20, Universumstraße 40

Jeden Dienstag ab 19 Uhr und jeden Freitag ab 18 Uhr

Diskussionen, Schulungen, Auskunft in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen

Besucher sind uns herzlich willkommen